

»Eine absehbare Entwicklung«

Zum Taliban-Hochschulverbot für afghanische Akademikerinnen: Prof. Susanne Schröter im Gespräch mit dem UniReport

Seit Dezember dürfen Frauen in Afghanistan nicht mehr an Hochschulen studieren. Nach der erneuten Machtübernahme durch die Taliban sind ihre Rechte deutlich eingeschränkt worden. Eine absehbare Entwicklung, sagt die Ethnologin Prof. Susanne Schröter, Direktorin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam an der Goethe-Universität.

UniReport: Frau Professor Schröter, war es absehbar, dass Frauen aus der Bildung exkludiert werden würden?

Susanne Schröter: Ich habe diesen naiven Gedanken, dass die Taliban inklusiv sind, nie verstanden. Warum sollte eine Gruppe, deren Verständnis einer Geschlechterordnung erzpatriarchal ist, inklusiv werden? Ihr normatives Gerüst basiert auf dem fundamentalistischen Islam der Deobandi-Schule. Da existiert keine Inklusivität der Geschlechter. Die Segregation ist genauso konstitutiv für diese Art des Islam wie andere Beschneidungen von Frauenrechten. Daran konnte nie ein Zweifel bestehen.

Und so schränken diejenigen, die sich als Befreier von anderen Mächten feiern, die Rechte der Hälfte der eigenen Bevölkerung ein.

Hier müssen wir das Verständnis von Freiheit definieren. Wenn wir auf die jüngere Geschichte zurückblicken, stellen wir fest, dass die Mehrheit der Afghanen Freiheit in erster Linie als die Freiheit von äußeren Besatzern versteht.

Das ist genau das, was die unterschiedlichen ethnischen Gruppen vereint. Dieses eigene religiöse und kulturelle Selbstbewusstsein und der Wille, die eigene Kultur gegen Einflussnahmen von außen zu vertei-

digen. Freiheit heißt in diesem Kontext immer Selbstbestimmung, den eigenen Normen und Werten folgen können. Das Konzept der Gleichberechtigung der Geschlechter wird abgelehnt.

Die Taliban haben das Verbot unter anderem damit begründet, dass Studentinnen nicht die strikte Kleiderordnung befolgen und/oder ohne männliche Begleitung den Weg an die Universitäten antreten. Dies entspreche nicht ihrer Interpretation von Scharia. Anderswo wird das islamische Recht anders ausgelegt. Wieso?

Es gibt kein einheitliches kodifiziertes islamisches Recht. Was tatsächlich in den nationalen Rechtskanon hineinfließt, ist von Land zu Land sehr unterschiedlich. Zum Teil folgt das Recht sogar säkularen Vorstellungen.

In Tunesien wurden zum Beispiel Gesetze im Familienrecht erlassen, die nicht der orthodoxen Islamauffassung folgen. Die Frage ist immer, ob und mit welchen Argumenten man Frauenrechte verankern kann. Ich habe vor Jahren einmal in Indonesien bei einer Schulung von Beamten, inklusive aus der Scharia-Behörde, teilgenommen. Das Hauptargument gegen Gewalt gegen Frauen war damals, dass dies die Harmonie in der Familie gefährdet. Das war für alle inakzeptabel.

Das Argument funktioniert im afghanischen Kontext nicht?

Nein. Dafür ist allerdings nicht nur der Islam, sondern auch die Tradition verantwortlich. Beispielsweise der Paschtunwali, der Normenkodex der Paschtunen, der weitgehend auf patriarchalischen Vorstellungen

gen sozialer Ordnung basiert. Dabei geht es unter anderem um patriarchalische Ehrvorstellungen, die eng mit der Kontrolle der Mädchen und Frauen durch die Männer verknüpft sind.

Kurz nachdem das Verbot erlassen wurde, bot der Iran an, afghanische Frauen für ein Studium aufzunehmen – sicherlich eine interessante Option, da die Kultur der eigenen ähnelt und es möglicherweise „akzeptabler“ ist, nach einem Studium im Iran nach Afghanistan zurückzukehren.

Das ist so, zumindest was die Hazara betrifft, die als schiitische Minderheit in Afghanistan nicht gut gelitten sind.

Im Iran war es auch nicht immer möglich für Frauen zu studieren. Als Khomeini die Macht übernahm, wurden Frauen den Unis verwiesen. Das hat sich grundlegend geändert. Heute studieren in vielen Fächern sogar mehr Frauen als Männer.

Iranische Frauen sind zudem außerordentlich rebellisch. Säkulare Iranerinnen rebellieren, quasi seit Khomeini an der Macht ist. Und das, obwohl sie dabei wirklich schlimme Konsequenzen in Kauf nehmen müssen – Verhaftung, Gefängnis, Folter, Tod. Sie machen es trotzdem – und ich finde es wirklich bewundernswert, wie sie sich für die Freiheit einsetzen.

Von Afghanistan kann man das nicht sagen. Hier gibt es eine Handvoll Frauen, die todesmutig auf die Straßen gehen – im Iran sind es Zehntausende. Die Entwicklungen im Iran zeigen zudem eine ganz andere Kompatibilität mit Werten, die wir als westliche Menschen für gut und richtig halten: nämlich Frauenrechte, inklusive einer Idee moderner Lebensentwürfe. Das gibt es so in Afghanistan nicht.

Wie kann man dieses Verbot afghanischer Mädchen und Frauen erklären, die in den letzten 20 Jahren nichts anderes kennengelernt haben?

Für Mädchen in Afghanistan, die jetzt nicht mehr zur Schule gehen können, ist die derzeitige Situation extrem bitter. Aber ich möchte auch zu bedenken geben, dass wir ein geschöntes Bild von der 20-jährigen Mission vermittelt bekommen

haben. Tatsächlich haben viele Eltern auch vor der Rückkehr der Taliban ihre Kinder nicht zur Schule geschickt, weil es Anschläge gab und die Kinder gefährdet waren.

Welche Möglichkeiten bleiben afghanischen Frauen?

Die momentane Situation ist äußerst schlecht und die Möglichkeiten, für Frauen etwas zu verändern, sind sehr limitiert.

Ich weiß nicht, ob es wirklich etwas nützt, wenn UN-Organisationen immer wieder den Finger in die Wunde legen und ermahnen. Ich hoffe eher auf andere islamische Länder: Katar spielt beispielsweise nach der Machtübernahme durch die Taliban ökonomisch und politisch eine wichtige Rolle. Zwar sind die Frauenrechte dort ebenfalls stark eingeschränkt, aber im Vergleich zu Afghanistan ist es geradezu liberal.



Prof. Susanne Schröter,
Professorin für Ethnologie
an der Goethe-Universität.
Foto: Dettmar

Welche Rolle spielt China?

China verfolgt wirtschaftliche Interessen und mischt sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ein. Damit ist es sehr erfolgreich. Die westliche Strategie, ökonomische Interessen als vermeintlich menschenrechtsgetriebene umzudeuten, wird außerhalb Europas durchschaut und abgelehnt. Das ständige Moralisieren und der notorisch erhobene Zeigefinger, mit dem man auf Demokratiedefizite aufmerksam macht, kommen extrem schlecht an. Sie werden mit Recht als neokoloniale Attitüde empfunden.

Sind Sanktionen durch die internationale Staatengemeinschaft hilfreich?

Sanktionen sollten nicht überbewertet werden. Wie gesagt, könnten muslimische Staaten vielleicht eher Einfluss nehmen oder auch muslimische Gelehrte, die andere Interpretationen der Scharia anbieten und die Bildung von Mädchen als islamkonform legitimieren. Solche Ansätze lassen sich auch mit Verweisen auf den Koran rechtfertigen.

Haben Sie Hoffnung?

Nicht für die unmittelbare Zukunft. Damit Veränderungen akzeptiert werden, muss sich entweder die islamische Theologie bewegen oder es muss eine starke Säkularisierungsbewegung entstehen.

Würden Sie sich mehr Druck wünschen?

Sie meinen die von unserer Außenministerin propagierte feministische Außenpolitik? Die funktioniert ja sichtbar überhaupt nicht. Ich glaube auch nicht an die große Wirkung von Sanktionen. Bis jetzt ist noch keine Regierung durch Sanktionen gestürzt worden.

Ich bin auch nicht der Meinung, dass man Außen- und Wirtschaftspolitik allein nach moralischen Werten ausrichten kann. Wenn wir nur noch mit Ländern kooperieren wollen, die unsere moralischen Vorstellungen teilen, müssten wir unsere Energieversorgung ganz anders aufstellen, massiv die Atomenergie ausbauen und in Norddeutschland Fracking betreiben. Man hat sich stattdessen dafür entschieden, mit Diktatoren und patriarchalischen Emiraten zusammenzuarbeiten.

Die Politik behauptet zwar, eine wertegeleitete Außenpolitik zu betreiben, tut dies aber nicht. Die großen Floskeln sind reine Rhetorik.

Fragen: Leonie Schultens

Eine ungekürzte Version des Interviews, inklusive eines Statements von Prof. Dr. Bekim Agai, Direktor der Akademie für Islam in Wissenschaft und Gesellschaft (AIWG), ist online verfügbar.
<https://tinygu.de/Schroeter>

Projekt »Fachbereiche: Kompetent für Diversity!«

Das ELLVIS-Teilprojekt „Fachbereiche: Kompetent für Diversity!“ ist im November erfolgreich gestartet. Die beiden ersten, die als Pilotfachbereiche am Projekt teilnehmen, sind Fachbereich 05 Psychologie/Sportwissenschaften und Fachbereich 11 Geowissenschaften/Geographie.

Am 23.11.2022 (FB 05) und 25.11.2022 (FB 11) waren Mitglieder aller Statusgruppen aus den jeweiligen Fachbereichen zu einer vierstündigen Auftaktveranstaltung in der Lobby des

PA-Gebäudes am Campus Westend eingeladen. Das Projekt gehört zum Dachprojekt „Erfolgreich Lehren und Lernen – Vielfalt und Internationales im Studium“ (ELLVIS), für das die Goethe-Universität über die Programmlinie QuiS des Landes Hessen Mittel eingeworben hat. „Fachbereiche: Kompetent für Diversity!“, welches im Gleichstellungsbüro angesiedelt ist, strebt eine längerfristige Zusammenarbeit mit einzelnen Fachbereichen an, um diversitäts- und gleichstellungspolitische Strukturen zu unterstützen, Lehre und Studium diversitätsgerechter zu gestalten und Gender- und Diver-

sity-Kompetenzen bei allen Mitgliedern der Fachbereiche zu stärken. Die einzelnen Maßnahmen und Instrumente sollen sich dabei eng an den konkreten Bedarfen der verschiedenen Zielgruppen in den Fachbereichen orientieren und bereits bestehende Aktivitäten, Bestrebungen und Projekte strukturell verankern.

Die beiden Auftaktveranstaltungen boten den Teilnehmenden durch ein World-Café-Format die Möglichkeit, gemeinsam die Bedarfe der Fachbereiche zu analysieren, Herausforderungen und Erfahrungen im Bereich Diversität und Diskriminierung zu re-

flektieren, Strategien für die Zusammenarbeit zu entwickeln und Ideen für die Umsetzung spezifischer Maßnahmen zu diskutieren. Besonders großen Bedarf sahen die Teilnehmenden bei den Themen Berufungs- und Einstellungsverfahren, geschlechtergerechte Sprache, diversitätssensible Lehre sowie der Überlastung der dezentralen Gleichstellungsbeauftragten. Das Ergebnis der Veranstaltungen sind fachbereichsspezifische Maßnahmenpakete, die vor allem Beratungen von wichtigen Akteur*innen in den Fachbereichen, Trainings von verschiedenen Zielgruppen und das

Erstellen von Handreichungen und Informationsmaterialien umfassen. Diese sollen in den nächsten drei Semestern in enger Zusammenarbeit des Gleichstellungsbüros mit den Fachbereichen umgesetzt werden.

Das Projekt läuft bis Ende 2025 und soll beständig um weitere Fachbereiche ergänzt werden.

Weitere Informationen

https://www.uni-frankfurt.de/123780963/Diversity_Projekt_ELLVIS.

Ansprechpersonen sind Anna Carolin Müller und Dilara Kanbiçak.